



FRAUEN 2000

Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen
 "Frauen 2000: Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung
 und Frieden im 21. Jahrhundert", New York, 5. – 9. Juni 2000

Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen

In den fünf Jahren seit der Vierten Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing hat sich am Anteil der Frauen in den obersten nationalen und internationalen Macht- und Entscheidungspositionen nichts geändert. Obwohl Frauen in fast allen Ländern die Mehrheit der Wähler ausmachen, sind sie weltweit mit einem durchschnittlichen Anteil von 13% im Jahr 1999 in den nationalen Parlamenten nach wie vor unterrepräsentiert.

Die in Beijing verabschiedete Aktionsplattform macht deutlich, dass das Leben der Frauen im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmen der Gesellschaft gesehen werden muss, und nicht außerhalb. Die Konferenz von Beijing hat bekräftigt, dass "die gleichberechtigte Teilhabe der Frau an Entscheidungsprozessen nicht nur eine Forderung nach Gerechtigkeit oder Demokratie darstellt, sondern als eine notwendige Vorbedingung betrachtet werden kann, damit die Belange der Frauen berücksichtigt werden. Ohne die aktive Mitwirkung von Frauen und die Einbeziehung ihrer Perspektiven auf allen Entscheidungsebenen können die Ziele Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden nicht erreicht werden".

Die Aktionsplattform von Beijing bekräftigt außerdem, dass Frauen die gleichen Rechte auf Mitwirkung in Regierungen haben. Durch diese Teilhabe tragen sie zur Neubestimmung politischer Prioritäten bei, da sie neue Themen auf die allgemeine politische Tagesordnung setzen und neue Perspektiven bezüglich der vorherrschenden politischen Fragen einbringen. In diesem entscheidenden Bereich nennt die Plattform zwei strategische Ziele: Frauen sollen den gleichen Zugang zu Machtstrukturen erhalten und umfassend an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden und die Befähigung von Frauen, um an Entscheidungen mitzuwirken und Führungspositionen einzunehmen, soll verbessert werden.

Neben dem Beijing-Dokument haben auch einige andere internationale Rechtsinstrumente

das Prinzip der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in Macht- und Entscheidungspositionen bekräftigt. Dazu zählen die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Konvention der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau.

Bei ihrer 41. Tagung bekräftigte die Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau 1997 die Notwendigkeit, Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, die dazu beitragen, die unausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen auszugleichen. Die Abschaffung diskriminierender Praktiken und die Einführung von Frauenförderprogrammen wurden in diesem Zusammenhang als effektive Instrumente der Politik gewertet.

Keine wirkliche Veränderung hinsichtlich der Kluft zwischen Frauen und Männern

Trotz der schon lange bestehenden Anerkennung des Grundrechts von Frauen und Männern, am politischen Leben teilzuhaben, bleibt in der Praxis die Kluft zwischen der rechtlichen und der tatsächlichen Gleichstellung im Bereich von Macht und Entscheidungspositionen groß. Daraus ergibt sich, dass die Interessen und Belange der Frauen bei der Politikgestaltung nicht berücksichtigt werden und dass Frauen wichtige Entscheidungen in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereichen, die die Gesellschaft als Ganzes betreffen, nicht beeinflussen können. Initiativen und Programme, die auf eine verstärkte Mitwirkung von Frauen in Entscheidungspositionen abzielen, sind von verschiedenen Faktoren blockiert worden. Dazu gehört der Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen für die Ausbildung und die Förderung von politischen Karrieren sowie die mangelnde Rechenschaftslegung der gewählten Vertreter, wenn es um die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Teilhabe



von Frauen im öffentlichen Leben geht.

Im allgemeinen zeigen die verfügbaren Zahlen nur einen symbolischen Zuwachs und deuten darauf hin, dass das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern noch lange nicht erreicht ist.

Mitwirkung auf nationaler Ebene

Seit August 1999 hat es insgesamt nur 10 Frauen gegeben, die als Staatsoberhaupt oder Regierungschefin tätig waren, in Bangladesch, Guyana, Irland, Lettland, Neuseeland, Panama, San Marino, Sri Lanka (Präsidentin und Premierministerin) und in der Schweiz.

Der Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen auf Regierungsebene (Minister) und unterhalb der Ministerebene (stellvertretende Minister, Staatssekretäre und Abteilungsleiter) wächst nur langsam.

- ◆ 1996 betrug der Frauenanteil bei den Kabinettsmitgliedern weltweit 6,8%, 1997 7% und 1998 7,4%.
- ◆ 1999 waren nur 677 Frauen Mitglied in gesetzgebenden Körperschaften, verglichen mit 5.639 männlichen Mitgliedern.
- ◆ Die Mehrheit aller Ministerinnen ist nach wie vor im sozialen Sektor tätig, wie beispielsweise Bildung, Gesundheit sowie Frauen- und Familienangelegenheiten.

Mit einem Frauenanteil in den Parlamenten von durchschnittlich 36,4% liegen die nordischen Länder weiterhin an der Spitze. Laut einem neuen Bericht der Vereinten Nationen hatte Schweden mit 40,4% den höchsten Frauenanteil im Parlament. Der hohe Anteil weiblicher Abgeordneter in den nordischen Ländern ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. So besteht beispielsweise Chancengleichheit beim Zugang zu Bildungsmöglichkeiten; Frauen sind sich bewusst, wie wichtig es ist, an Wahlen teilzunehmen und Wahlergebnisse mitzubestimmen; und es wird eine umfassende nationale Regierungspolitik verfolgt, die darauf abzielt, die familiären und beruflichen Pflichten von Männern und Frauen besser miteinander in Einklang zu bringen.

Ein umgekehrter Prozess fand in Osteuropa statt, wo der Frauenanteil im Parlament mit der Transformation in Richtung Marktwirtschaft und freie Parlamentswahlen bedenklich abgenommen hat. Die Abschaffung von Frauenquoten, die es unter den alten Regimen gab, führte zu einer drastischen Reduzierung des Anteils von weiblichen

Abgeordneten. Obwohl sich die Situation in einigen Ländern allmählich verbessert hat, bestätigt die osteuropäische Erfahrung, dass der Aufbau einer pluralistischen, parlamentarischen Demokratie nicht per se garantiert, dass Frauen und Männer gleichberechtigt in politischen Entscheidungspositionen vertreten sind.

Mitwirkung auf internationale Ebene

Auf der internationalen Ebene stieg der Frauenanteil unter den Ständigen Vertretern bei den Vereinten Nationen in New York von sieben Frauen im Jahr 1994 auf zwölf Frauen im April 2000 an.

Das System der Vereinten Nationen hat es sich zum Ziel gemacht, den Frauenanteil in Entscheidungspositionen auf allen Ebenen und in den verschiedenen Bereichen zu erhöhen. Während es teilweise gelungen ist, den Frauenanteil in höheren und politisch relevanten Positionen im Sekretariat der Vereinten Nationen anzuheben, wurde das Ziel eines Frauenanteils von 50% bis zum Jahre 2000 verfehlt. Die Statistiken zur Rechtsstellung der Frau im Sekretariat der Vereinten Nationen belegen jedoch weiterhin eine langsame aber stetige Verbesserung.

- ◆ Seit dem 1. Januar 1999 stieg der prozentuelle Anteil von Frauen bei Ernennungen, die abhängig von der geografischen Verteilung waren, von 37,7% auf 38,6%.
- ◆ Obwohl beim Frauenanteil auf allen Ebenen nur langsame Fortschritte zu verzeichnen sind, gab es Erfolge bei der Steigerung des Frauenanteils in höheren und politische relevanten Positionen. Seit der Vorlage des Strategischen Aktionsplans des Generalsekretärs zur Verbesserung der Rechtsstellung der Frau im Sekretariat der Vereinten Nationen (1995-2000) im November 1994 stieg der Frauenanteil auf der Ebene der Stellvertretenden Direktoren und darüber von 15,1% auf 29,7% an.

Frauen in Wahlprozessen und in politischen Parteien

Die Beijing-Aktionsplattform verpflichtete die Regierungen, "die unterschiedliche Wirkung von Wahlsystemen auf die politische Vertretung von Frauen in gewählten Gremien zu untersuchen und - gegebenenfalls - die Anpassung oder Reform dieser Wahlsysteme zu prüfen". Die Beteiligung von Frauen in politischen Parteien ist wichtig, da sie

den Weg zur Macht und in die Sphäre der politischen Entscheidungen ebnet. Sie führt zur Mitwirkung in den Parlamenten und anderen gewählten Gremien, sowie zur Ernennung in Führungspositionen im Kabinett oder in andere politische und juristische Ämter. Einige Länder haben in diesem Bereich Maßnahmen ergriffen.

- ◆ In Albanien sind Gesetze und Gesetzesänderungen erlassen worden, um eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern auf den Wahllisten zu garantieren.
- ◆ Jemen novellierte 1998 sein Wahlrecht, um die Beteiligung der Frauen an Wahlen zu verbessern.
- ◆ In Kanada nahm die politische Beteiligung von Frauen zwischen 1995 und 1997 um 50% zu.
- ◆ Auch in Spanien nahm die Beteiligung der Frauen am politischen Leben zu; das Land nimmt nun den siebten Platz unter den Ländern der Europäischen Union ein.
- ◆ In El Salvador, Kamerun, Nigeria, Paraguay und auf den Seychellen haben Frauen selbst politische Netzwerke geschaffen und verknüpfen auf diese Weise Basisorganisationen, Frauenbewegung und Politikerinnen.

Frauenfördermaßnahmen, Zielvorgaben und Quoten

Auf der Konferenz von Beijing räumten von den 189 Ländern, die sich zu einer Verbesserung der Rechtsstellung der Frau verpflichteten, nur 21 Länder dem Bereich der Einbeziehung der Frauen

auf allen Ebenen der Entscheidungsprozesse höchste Priorität ein. Seit Beijing wurden zu diesem Thema umfassende Diskussionen sowohl auf staatlicher als auch auf nichtstaatlicher Ebene geführt. Dies hat das Bewusstsein darüber gestärkt, dass systematische Veränderungen notwendig sind, um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Eine zunehmende Anzahl von Ländern hat Förderprogramme unter Einschluss von Quotensysteme und Zielsetzungen auf den Weg gebracht, Ausbildungsprogramme für Frauen in Leitungspositionen entwickelt und Maßnahmen ergriffen, um familiäre und berufliche Pflichten von Frauen und Männern miteinander in Einklang zu bringen.

Obwohl in einigen Ländern das strenge Konzept von Gleichstellung der Einführung von aktiven Fördermaßnahmen entgegensteht, sind in anderen Ländern Förderprogramme durchgeführt worden.

- ◆ Ghana verabschiedete einen Entwurf für Fördermaßnahmen, der 40% der Positionen auf Entscheidungsebene für Frauen vorsieht.
- ◆ Uganda gründete ein Ministerium für Geschlechterfragen, Arbeit und soziale Entwicklung, um eine Förderpolitik auf nationaler Ebene umzusetzen.
- ◆ Italien legte einen Gesetzentwurf zur Verfassungsreform vor, damit Fördermechanismen in das Wahlrecht eingebaut werden.
- ◆ Finnland führte auf Regierungsebene eine Frauenquote von 40/60 ein.

Diese Hintergrundinformation beruht auf dem Dokument "Überprüfung und Auswertung der Umsetzung der Aktionsplattform von Beijing: Bericht des Generalsekretärs" (E/CN.6/2000/PC/2).

